



BLICKWINKEL

ANTISEMITISMUS- UND RASSISMUSKRITISCHES
FORUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT

12. Tagung: GLEICHWERTIG UNGLEICHWERTIG – Antisemitismus und anti-Schwarzen Rassismus zusammendenken (4./5. Oktober 2021, via Zoom und auf dem YouTube-Kanal der Bildungsstätte Anne Frank)

Veranstaltet von der Bildungsstätte Anne Frank in Kooperation mit der Bundeszentrale für Politische Bildung (BpB), der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ), dem Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der TU Berlin, der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) und dem Else Frenkel-Brunswik-Institut.

Tagungsbericht von Rosa Fava

Montag, 4. Oktober 2021

Tagesmoderation:

Oliver Decker, Else-Frenkel-Brunswik-Institut und Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung, Universität Leipzig/Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Leipzig

BEGRÜSSUNG UND INHALTLICHE EINFÜHRUNG

Deborah Schnabel, Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt/Main

Thomas Krüger, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Petra Follmar-Otto, Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, Berlin

Deborah Schnabel begrüßte die Teilnehmenden und freute sich über den Mut aller Beteiligten, angesichts aufgeregter Debatten im Feuilleton, in den Familien und am Arbeitsplatz in den Austausch zu gehen. Auch im eigenen diversen Team sei es oft herausfordernd, die verschiedenen Standpunkte in Verbindung mit den jeweiligen Betroffenheiten auszuhalten und sich empathisch und offen um ein aufrichtiges Verstehen zu bemühen und das Gegenüber sowie alle Identitäten wahrzunehmen. Sowohl der Zivilisationsbruch des Holocaust als auch die Kolonialzeit seien die Grundlage für das Verständnis des heutigen Antisemitismus und Rassismus. Schnabel sprach an, dass gerade die digitale Form besondere Sensibilität und Offenheit erfordere und so die Tagung auch ein Experiment darstelle. Schließlich bedankte sie sich bei den anderen Trägern und der Steuerungsgruppe der Tagung, insbesondere bei der langjährigen Impulsgeberin Sonja Böhme, die jetzt ausscheide.

Thomas Krüger begann seine Ausführungen mit Rekurs auf die feministische Schwarze Aktivistin Audre Lorde. Diese habe auf ihren Reisen in Deutschland ab Mitte der 1980er-Jahre zwar sehr reale Unterschiede festgestellt, das Trennende aber habe sie als Resultat von Fremdbestimmung

und der Reaktionen darauf bestimmt. Unabdingbar für die politische Bildung mit dem Auftrag, Diversität und Kontroversität zu fördern und dabei Widersprüchlichkeit anzuerkennen, sei es, gegen jede Form der Abwertung vorzugehen. Konflikte könnten, würden sie ausgehalten und produktiv bearbeitet, auch als Katalysator wirken. Dabei sollten Differenzen der Phänomene Antisemitismus und Rassismus nicht eingeebnet werden, sondern Unterschiede zur Geltung kommen. Wichtig sei es, im Bereich der antisemitismus- und rassismuskritischen Bildungsarbeit auch historische Perspektiven einzubeziehen, um die Gegenstände nicht allein durch das Prisma des Tagesgeschehens zu betrachten. Die Tagungsreihe, so Krüger, stehe für einen solchen differenzierten Blick, und auch er dankte allen Mitwirkenden für das außergewöhnliche Programm.

Petra Follmar-Otto hob die Tradition der Zusammenarbeit der beteiligten Partner*innen und den über die Jahre geschaffenen gemeinsamen Diskursraum für politische Bildung und Wissenschaft hervor. Auf dieser Tagung gehe es um Verflechtungen zwischen Antisemitismus und anti-Schwarzen Rassismus, damit verbundene Kontroversen, die Konsequenzen daraus in der postnationalsozialistischen und postkolonialen Gesellschaft sowie die angemessene Erinnerung an alle Verbrechen, ohne die Shoah zu relativieren. Zentral sei, die eigene gesellschaftliche Positionierung zu reflektieren. Die Zukunftsagenda der Stiftung setze prononciert folgende Ziele: Eine zeitgemäße, multiperspektivische und inklusive Bildung über den Nationalsozialismus und die Förderung von Selbstorganisationen, die sich in der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen verankern wollten. Über die aktivierende Bildung hinaus sollten Handlungsansätze wie die Bildung von Bündnissen und Allianzen gefördert werden, beispielsweise das Projekt „StreitRaum“ von Each One Teach One und dem Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment (vgl. Workshop 3). Vor ihren Dankesworten an die Veranstalter*innen wünschte Follmar-Otto der Tagung ein wirkliches Zuhören und das gemeinsame Bestimmen von roten Linien.

Der Tagungsmoderator **Oliver Decker**, Mitglied der Steuerungsgruppe, setzte einige allgemeine Ausführungen voran: Er sehe angesichts vieler Konfliktlinien sowohl politische Herausforderungen als auch solche in der Bildungsarbeit. Das Ziel sei in beiden Feldern, Allianzen zu bilden bzw. erst zu ermöglichen und in beständiger Selbstreflexion auszuloten: Was lasse sich aus unterschiedlichen Strategien lernen? Was seien die soziale Bedeutung und Funktion von Rassismus und Antisemitismus, die sich nicht eins zu eins aufeinander abbilden ließen? Leerstellen, so Decker, seien ein Ausgangspunkt, um konfliktreich und solidarisch Anschlussstellen zu suchen.

EMPIRISCHER IMPULS

Antisemitismus und anti-Schwarzer Rassismus aus Sicht der empirischen Sozialforschung

Gert Pickel, Universität Leipzig

Kazim Celik, Else-Frenkel-Brunswick-Institut und BMBF-Forschungsprojekt „Radikaler Islam und Radikaler Anti-Islam“, Universität Leipzig

Gert Pickel und Kazim Celik gaben auf Grundlage des Berlinmonitors 2019 Einblicke in die Verbreitung von Antisemitismus und anti-Schwarzen Rassismus und mögliche Zusammenhänge bei den Befragten. Aussagen ließen sich laut Pickel vor allem auf Ebene von Vorurteilen und Einstellungen treffen. Speziell zu anti-Schwarzem Rassismus gebe es nur zwei Items, bei denen die Zustimmung addiert immerhin bei 16 % liege. Antisemitismus werde differenzierter abgefragt,

unterteilt in primären, sekundären und israelbezogenen, und die Werte könnten vor allem mit der Leipziger Autoritarismus-Studie verglichen werden. Stärker als in Berlin seien bundesweit der sekundäre und israelbezogene Antisemitismus verbreitet, und allgemein herrschten Formen der Umwegkommunikation und der Latenz vor. Der Blick auf die Verbindung beider Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeiten zeige, dass es keine hohe Korrelation gebe, die bei anderen Formen von Rassismus, etwa gegen Geflüchtete, stärker sei. Die kleinste Korrelation gebe es zwischen anti-Schwarzem Rassismus und israelbezogenen Antisemitismus. Auch bei genaueren Analysen zeige sich: Es seien nicht dieselben Gruppen, die sowohl stark antisemitisch als auch stark rassistisch gegen Schwarze eingestellt seien. Rassismus gehe vor allem mit Autoritarismus einher und Antisemitismus vor allem mit Rechtsextremismus, einer Verschwörungsmentalität und auch einem Migrationshintergrund – jedoch nicht der sekundäre Antisemitismus. Für beide Ressentiments gelte, dass sie mit demokratiefeindlichen Einstellungen und wenig sozialem Vertrauen zusammenfielen. Ein Blick auf die Parteien zeige, dass die Ressentiments am stärksten bei der AfD vorhanden seien, aber gerade der anti-Schwarze Rassismus auch beachtlich bei SPD und CDU, beides am wenigsten bei den Grünen.

PODIUM

Antisemitismus und anti-Schwarzen Rassismus zusammendenken

Peggy Piesche, Bundeszentrale für politische Bildung, Gera

Bafta Sarbo, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund, Berlin

Hannah Peaceman, Friedrich-Schiller- Universität Jena

Dalia Grinfeld, Anti-Defamation League, Berlin

Moderation: **Petra Follmar-Otto**, Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, Berlin

Follmar-Otto richtete die erste Frage an **Bafta Sarbo**: Wie ließen sich antischwarzer Rassismus und Antisemitismus zusammendenken und was seien Voraussetzungen dafür?

Die Kämpfe gegen Rassismus und Antisemitismus, so Sarbo, müssten zusammengeführt werden, und zwar praktisch und nicht nur in der Reflexion. Anti-Schwarzer Rassismus dürfe nicht isoliert als Diskriminierungsproblem betrachtet werden, sondern die Jahrhunderte des Kolonialismus müssten in den Blick genommen werden. Sklaverei, Verschleppung, Vernichtung und die legitimatorische Ideologie des anti-Schwarzen Rassismus prägten die Lebensbedingungen von Schwarzen noch heute. Es müsse eine transnationale Einordnung erfolgen, auch die Diskurse seien global. Das Verhältnis zum afrikanischen Kontinent sei weiterhin vom ökonomischen Kalkül bestimmt, Fluchtbewegungen werde mit Migrationsabwehr begegnet. Der Tod von George Floyd und die Black-Lives-Matter-Bewegung hätten den anti-Schwarzen Rassismus und die Polizeigewalt hierzulande zum Thema gemacht, und es gebe ein neues Bewusstsein unter Schwarzen. Diese sähen sich als politische Subjekte, stellten Ansprüche und forderten Teilhabe und ein Leben in Freiheit und ohne Gewalt ein. In den USA betrieben Rechte einen Diskurs, der beide Gruppen auseinandertreibe, und der auch hier Wirkung entfalte. Damit verbundene Fragen seien: Wem gehört deutsche Erinnerungskultur? Welche Position haben Schwarze darin? Was sei das Verhältnis der Gruppen zueinander? Es gebe eine Opferkonkurrenz, die auch von außen betrieben werde. Die Diskussion um Antisemitismus in migrantischen Communities beispielsweise dürfe nicht als neuer Integrationsdiskurs verhandelt werden. Man müsse fragen: Wo kämen Themen

zusammen, wo seien Kontinuitäten und Verbindungen? Wo sei Intersektionalität wirksam, nicht nur individuell bei Personen, sondern als politische Subjektposition?

Die Frage an **Hannah Peaceman** leitete Follmar-Otto damit ein, dass sie den offenen Brief jüdischer und muslimischer Initiativen im Mai zu den Reaktionen in Deutschland auf die kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Hamas und Israel wiedergelesen habe: Dort sei viel von den Anstrengungen beim Aufbau von Vertrauen und wechselseitigem Respekt die Rede. Sei es hier ähnlich?

Peaceman begann mit einem anschaulichen Beispiel aus der eigenen Praxis: Sie habe 2018 versucht, eine Veranstaltung zum Verhältnis und zur Solidarität zwischen Jüdinnen und Juden sowie Schwarzen zu machen und sei auf viele Widerstände gestoßen. Diese seien aber nicht von jüdischer oder Schwarzer Seite gekommen, die auch bereit gewesen seien, über die jeweiligen Probleme in den eigenen Reihen zu sprechen. Bei Mitveranstalter*innen jedoch sei sofort der Verdacht von Antisemitismus aufgekommen und die Frage nach emanzipatorischer Politik sei nicht mehr wichtig gewesen. Stattdessen habe sie von denselben Personen die Anfrage erhalten, auf einem Podium zur BDS-Bewegung mitzuwirken, obwohl das nichts miteinander zu tun habe. Peaceman nannte die Zeitschrift Jalta, deren Mitherausgeberin sie ist, als einen Ort, vor allem jüdische und muslimische Positionen zu diskutieren. Wichtig sei für eine Auseinandersetzung, Jüdinnen und Juden überhaupt jenseits der diskursiv für sie vorgesehenen Orte sichtbar zu machen. Schwierigkeiten ergäben sich vielfach aus dem oft so genannten Elefanten im Raum, dem israelbezogenen Antisemitismus. Es sei auch prekär, über innerjüdischen Rassismus zu sprechen angesichts der sehr kleinen Gemeinschaft in einer antisemitischen Gesellschaft. Grundlage für das Zusammendenken solle nicht die Identität sein, sondern die politische Haltung, die Frage nach einer emanzipierten Gesellschaft.

Follmar-Otto bat **Peggy Piesche**, in ihren beiden Positionen als Aktivistin und als Mitveranstalterin im Namen der Bundeszentrale für politische Bildung zu den Ausgangsfragen zu sprechen.

Piesche betonte zunächst, dass ihr Fachbereich noch sehr jung sei, die genannten Kontroversen und Herausforderungen aber bereits präsent. Dekolonialität sei nur mit Diversität und Intersektionalität zu denken, und die Konzepte müssten aus den kollektiven Erfahrungsschätzen gewonnen werden. Ein Ziel sei die Sichtbarkeit von Communities und deren Wissen. In beiden Funktionen, so Piesche, bemühe sie sich um Räume, die Möglichkeiten für Reflexion und Streit böten. Es gehe um die Erprobung einer neuen, empathischen Sprache, die jenseits von Zuschreibungen und Markierungen die Sprache der anderen vulnerablen Gruppe aufnehme. Kontroversen und Widerstände hätten oft mit Fremdzuschreibungen und Exklusionen zu tun; um sie zu überwinden, bedürfe es eines Prozesses, nicht punktueller Veranstaltungen. Verstrickungen und Widerstände müssten, wie die jeweiligen Positionierungen, daraufhin reflektiert werden, wo sie rassistisch und/oder antisemitisch unterlegt sein könnten. Piesche erinnerte an die Einsicht der bereits genannten Audre Lorde: „Euer Schweigen schützt euch nicht.“ Mit Blick auf den Tagungstitel ermunterte Piesche dazu, die Perspektiven und Blickwinkel zu erweitern und Resilienz und Empowerment zusammenzudenken.

An **Dalia Grinfeld** formulierte Follmar-Otto die Frage, wie sich der Blick sowohl auf Gemeinsamkeiten als auch auf Kontroversen richten könne.

Es gebe zwar viele Gedanken, Ideen und Visionen, so Grinfeld, aber nur wenige Begegnungsräume. Als ein positives Beispiel nannte sie eine Initiative der Amadeu Antonio Stiftung: Im Zuge der so

genannten Mbembe-Debatte sei dort eine lose Gruppe von Aktivist*innen eingeladen worden. Dies sei für sie das erste Mal gewesen, dass sie nicht nur privat im Austausch gewesen, sondern auch eine neue Sprache erprobt worden sei. Leid sollte man nicht vergleichen, es sei immer schlimm und immer genauso wichtig; wie es sei, sei es wirksam. Es werde so getan, als gebe es nur einen Kuchen, auf dem Tisch sei jedoch viel Raum für viele Kuchen. Eine Möglichkeit sei, selbst den Anderen Raum zu geben und seine Ressourcen zu teilen. Beispielsweise habe sie auf einer Holocaust-Gedenkfeier eine Romni eingeladen zu sprechen. Dies solle, sagte Grinfeld, kein Vergleich zwischen Rom*nja und Schwarzen sein. Es gebe aber wenig Erfahrungen, auch weil es bis in die 1990er-Jahre so wenige Jüdinnen, Juden und Strukturen gegeben habe. Einige Dinge würden auch wehtun, etwa den Rassismus in den jüdischen Communities zu thematisieren. Gerade in der ehemaligen Sowjetunion sei der anti-Schwarze Rassismus stark gewesen. Grinfeld endete mit einer Anregung aus den USA, als Jüdinnen und Juden mit Martin L. King gemeinsam in Schulen gegangen und Projekte konzipiert hätten.

Die zweite Runde zu Strategien begann Follmar-Otto mit der Frage an **Dalia Grinfeld** nach den Zielen und Instrumenten der Allianzenbildung und ob die Anti-Defamation-League in den USA ein Modell für Deutschland sein könne.

Als Grundlagen für Allianzen nannte Grinfeld zuallererst, dass Intersektionalität mitzudenken sei, da die einzelnen Identitäten divers seien und auch andere Diskriminierungen eine Rolle spielten. Wichtig sei das Kennenlernen, das Einarbeiten in die Geschichte der Anderen. Interessant sei, welche Antworten auf Probleme die verschiedenen Communities gefunden hätten. Oft gebe es Überlappungen, etwa im Bildungsbereich. Es solle zusammengetragen werden, was die Beteiligten jeweils bewege, das könne auch der Klimawandel sein. Koalitionen müssten auf kleiner Ebene begonnen werden, um alle mitzunehmen. Sinnvoll sei eine Begleitung durch eine Supervision. Man müsse sich Ziele setzen, transparent handeln und die Dinge immer wieder aushandeln. Als Beispiel nannte Grinfeld die Aktivitäten von keshet („die jüdische lgbtqi*-community in deutschland“), die sich mit Schwarzem Queeraktivismus auseinandersetzten, die Queerness sei dabei das Gemeinsame. Nicht zuletzt sei wichtig, auch „das Establishment“ einer Community einzubeziehen.

Bei der Frage nach Strategien an **Peggy Piesche** bat Follmar-Otto diese und die anderen Panelist*innen, den Blick auch auf die Situation nach den Bundestagswahlen zu richten.

Nach der Wahl gehe es, startete Piesche, um den Haushalt und dabei um die Umsetzung des Kabinettausschusses gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie das Programm zur antirassistischen Bildungsarbeit. Viele zivilgesellschaftliche Akteur*innen hätten dazu gearbeitet, und diese Arbeit und das Wissen seien einzubeziehen. Allianzen und Solidarität seien zu jedem Zeitpunkt möglich und müssten auch von der Mehrheitsgesellschaft eingefordert werden. In Berlin gehe es um eine dritten Expert*innenkreis zu anti-Schwarzem Rassismus [nach dem zu Antisemitismus und dem zu antimuslimischem Rassismus]. Es gebe keine *single issues*, diese feministische Erkenntnis sei immer mitzudenken und umzusetzen. Allianzen würden teilweise auch als exkludierend wahrgenommen, dieser Wahrnehmung als Bedrohung dürfe man sich nicht aussetzen.

Hannah Peaceman begann damit, dass sie lieber von Solidarität spreche. Allianzen seien eher punktuell und zielgerichtet. Solidarität richte sich konkreter auf Kämpfe und nehme andere gesellschaftliche Verhältnisse in den Blick. Es gebe viele Verbindungen zwischen den Betroffenen von antimuslimischem Rassismus und Antisemitismus bzw. von rechtem Terror. Die Arbeit rund um das „Tribunal: NSU-Komplex auflösen“ [Zusammenschluss vieler Akteur*innen, die 2017 einen

mehrtägigen Kongress zur Aufarbeitung der Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ und seines gesellschaftlichen Kontexts durchführten] und ähnliche Aktionen zeugten davon. Den Betroffenen müsse Raum gegeben werden, den Überlebenden und Angehörigen in Hanau und Halle, der Familie Arslan [Mölln 1992] und anderen. Es gehe nicht um institutionell geschaffene Orte, sondern solche, die sich aus dem Kampf ergäben, etwa auch das „Festival of Resilience“ [bei dem Überlebende des Attentats in Halle mit Freunden und Opfern des Terroranschlags in Hanau gemeinsam der Opfer gedacht haben]. Die Kämpfe müssten verbunden werden. Ein Beispiel sei die Initiative „Keupstraße ist überall“ in Köln [Nagelbombenanschlag des „Nationalsozialistischen Untergrundes“] und ihre Einladung Micha Brumliks, der sich in den 1980er-Jahren für die Gedenkstätte Börneplatz in Frankfurt [zur Erinnerung an die Deportation der Jüdinnen und Juden] eingesetzt habe: „Ihr müsst den Platz besetzen“, habe dieser gesagt. Nicht zur Belehrung, sondern um die politischen Erfahrungen zu teilen und die Geschichten zueinander zu bringen.

Sie sehe es ähnlich wie die Vorrednerin, sagte **Bafta Sarbo**: Die zivilgesellschaftlichen Kämpfe und diejenigen auf der Straße seien immer der Ausgangspunkt. Wo gibt es schon Verbindungen, wo ließen sie sich aktiv herstellen? Das NSU-Tribunal habe den Austausch zwischen sehr unterschiedlichen Communities gestärkt, Themen seien neu zusammengedacht worden, die antirassistische und antifaschistische Bewegung zusammengekommen. Die steigende rechte Gewalt zeige die Notwendigkeit des Zusammenführens der Kämpfe. Die transnationale Ebene, Flucht und Migration seien dabei mitzudenken, weil viele Kämpfe nicht auf den deutschen Kontext zu reduzieren seien. Die Mbembe-Debatte und andere zeigten, dass andere Orte wichtig seien, auch Israel und Palästina. So sei die Black-Lives-Matter-Bewegung auch in Israel aktiv. Man müsse auch den Finger auf die Wunde legen, etwa den Rassismus in Israel benennen, etwa gegen Schwarze Jüdinnen und Juden oder Schwarze Palästinenser*innen. Gleichzeitig müsse bei den konkreten Lebensrealitäten angesetzt und dabei gegensätzliche Positionen ausgehalten werden.

Nach einzelnen aufeinander gefolgt Reaktionen der Panelist*innen leitetet Follmar-Otto zu den **Fragen im Chat** über:

Auf die Frage, was Intersektionalität in Bezug auf Schwarze Jüdinnen und Juden bzw. jüdische Menschen aus Osteuropa bedeute, antwortete **Hannah Peaceman** indem sie Grinfeld zunächst darin widersprach, Antisemitismus und Rassismus mit Hintergründen zu verbinden, weil damit viele ebenfalls diskriminierende Erzählungen einhergehen würden. Zur Frage nach der Intersektionalität sagte Peaceman, dass es selbstverständlich auch in der jüdischen Gemeinde Rassismuserfahrungen gebe, wenn eine Jüdin oder ein Jude Schwarz sei oder einer anderen Gruppe angehöre. Weiter würden Jüdinnen und Juden oft als „die Russen“ gesehen, während gleichzeitig im Diskurs fast immer nur von deutschen Jüdinnen und Juden ausgegangen werde.

Eine Frage richtete sich, ausgehend von einer Diskriminierungserfahrung bzw. Positionierung in der Verbindung Behinderung/Jüdischsein, auf konkrete intersektionale Strategien.

Peggy Piesche erwiderte, wenn Zuschreibungen kombiniert würden, werde bereits von Bildern ausgegangen, die wiederum einfach addiert würden. Dies könne nur intersektional angegangen werden, auch beim Sprechen über die eigene Community. Es gehe nicht darum zu sagen: „Wir sind alle alles“, aber die innere Komplexität müsse verstanden werden. Es gebe keine Community, die nicht behindert werde.

Dalia Grinfeld erklärte, in der jüdischen Community habe man sich lange Zeit wenig mit Behinderung befasst, es gebe hierfür aber eine Stelle bei der Zentralwohlfahrtsstelle für Juden in Deutschland. Bei Keshet hätten sie zu Inklusion gearbeitet, und zwar in Kooperation mit Vereinen von Menschen mit Behinderungen, z. B. gegen die Barrieren in den sozialen Medien.

Eine andere Frage konstatierte, es sei ein Grundproblem, dass in poststrukturalistischen antirassistischen Diskursen viele der Protagonist*innen Antizionismus verbreiten würden.

Bafta Sarbo formulierte, diese These ist eine Unterstellung, mit der auch gegen Achille Mbembe argumentiert worden sei. Dies sei eine unproduktive Art des Umgangs, die das Gegeneinander bestärke. Es gebe ein strukturelles Problem in den genannten theoretischen Strömungen, dennoch sei die Behauptung falsch bzw. pauschal und übernehme rechte Positionen. Viele Strömungen seien auch jüdisch geprägt. Erst einmal müssten Positionen zusammengebracht werden, anstatt mit Delegitimierungen einzusteigen.

Hannah Peaceman schloss sich dem an. Mit jeder Theorie und jedem Ansatz sei kritisch umzugehen. Produktiver sei es, sich anzuschauen, auf wen man Bezug nehmen wolle. Zur Vertiefung der gegebenen Frage nannte sie einen [Artikel zu den jüdischen Motiven in den Texten Mbembes](#).

Als letzte Publikumsfrage griff Follmar-Otto auf, ob Safe Spaces zunächst getrennt durchgeführt werden sollten oder von Anfang an zusammen?

Hannah Peaceman erklärte, sie sei keine Freundin von Safe Spaces, es gehe um unterschiedliche Orte und Gesprächspartner*innen. Gesellschaftliche Veränderung erfolge nur, wenn die Dinge in die Öffentlichkeit getragen würden. **Peggy Piesche** betonte, Safe Spaces sollten nicht als statisch verstanden werden. In der Bildungsarbeit seien sie nicht zielführend, sondern es gehe darum, zu verdeutlichen, aus welcher Perspektive man spreche. Indem man aus der eigenen Perspektive spreche, ermögliche man anderen das Sprechen aus ihrer Perspektive.

Abschließend richtete Follmar-Otto an die drei anderen Panelist*innen die Frage, was für die Bildungsarbeit besonders relevant sei?

Bafta Sarbo betonte, die Arbeit müsse zielgruppengerecht erfolgen. Die Antisemitismuskritische Bildung gehe nur von weißen Deutschen mit Vorfahr*innen, die mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gestanden hätten, aus. Das Lernen erfolge aus einer deutsch- bzw. ethnozentrischen Perspektive heraus. Deutschland als Einwanderungsgesellschaft dürfe sich selbst nicht provinzialisieren. Zu fragen sei, wer wen über was bilde. Wichtig sei, bei den realen Bewegungen und Kämpfen auf der Straße anzusetzen.

Dalia Grinfeld plädierte dafür, den Blick in die eigene Community zu richten: Welche Frage würde es weh tun, zu beantworten? Diese müsste am meisten behandelt werden, um weiterzukommen. Allgemein hilfreich seien Anti-Bias-Trainings, denn alle hätten Voreingenommenheiten.

Hannah Peaceman unterstrich die Bedeutung einer antirassistischen und antisemitischen Haltung und dass Bildung betroffenenzentriert umgesetzt werden müsse. Dies passiere auch und komme aus den Kämpfen. In der post-NS- und postkolonialen Gesellschaft dürften Antisemitismus und Rassismus nicht entkoppelt und als Einzelphänomene behandelt werden.

VORTRAG UND GESPRÄCH

Multidirektionale Erinnerung – ein zweiter Historikerstreit?

Meron Mendel, Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt/Main

Patrice G. Poutrus, Universität Erfurt

Anetta Kahane, Amadeu Antonio Stiftung, Berlin

Meron Mendel stellte der Diskussion eine Erläuterung des Titels und Vorstellung des Buches „Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung“ von Michael Rothberg vor, das 2012 in den USA erschienen und 2020 ins Deutsche übersetzt worden sei, und ging auf die damit verbundene und teilweise als „Zweiter Historikerstreit“ benannte Debatte ein.

Michael Rothberg, begann Meron Mendel seine Ausführungen, zeige in seinem Buch die Verbindungen zwischen den Erinnerungen an den Holocaust sowie Kolonialverbrechen und Sklavenhandel auf und verbinde damit das Ziel, zu zeigen, dass es keine Erinnerungskonkurrenz geben müsse. Dabei rezipiere Rothberg vor allem die Arbeiten von Aimé Césaire, W.E.B. du Bois und Hannah Arendt, die bereits beides zueinander in Beziehung gesetzt hätten. Rothberg formuliere als Anliegen, eine „begriffliche und historische Alternative zu dem in Deutschland vorherrschenden Beharren auf der absoluten Einzigartigkeit des Holocaust“ zu liefern. Das Erscheinen der deutschen Übersetzung unmittelbar nach der Debatte um Achille Mbembe, so Mendel, habe zur Aufmerksamkeit beigetragen. Viele bezeichneten die Auseinandersetzungen um das Buch als „Zweiten Historikerstreit“. In diesem Streit werde, so Mendel, die Präzedenzlosigkeit des Holocaust, ein auf Yehuda Bauer zurückgehender, zunehmend verwendeter Ersatzbegriff zur Singularität, als, so Mendel ironisch, „Mutter aller Probleme“ bezeichnet. Die Präzedenzlosigkeit werde im Diskurs als Grund für eine Opferhierarchie und -konkurrenz und für das Fehlen eines öffentlichen Bewusstseins um die Kolonialverbrechen ausgemacht und gelte als Ausdruck von Eurozentrismus. Laut Mendel habe der Historikerstreit der 1980er-Jahre zur Anerkennung der Präzedenzlosigkeit zumindest in der Wissenschaft beigetragen, der zweite Streit hingegen stelle einen Schritt zurück dar. Gestützt werde dies durch die Katechismusdebatte um den australischen Historiker Dirk Moses: Dieser bezeichne die Sicht auf den Holocaust als Zivilisationsbruch (Dan Diner) als moralisches Fundament, dem jeder Vergleich als Häresie gelte und die deshalb aufgegeben werden müsse.

Zur Fundierung der anliegenden Diskussion fasste Mendel noch einmal wichtige Aspekte des ersten und zweiten Streits zusammen:

Ausgangspunkt für den Historikerstreit 1986/87 seien die Thesen Ernst Noltes gewesen, der den Holocaust als eine Reaktion auf das sowjetische Gulag-System bestimmt habe. Die eigentliche Streitfrage sei dann die Vergleichbarkeit bzw. das Problem der Gleichsetzung der nationalsozialistischen und bolschewistischen Verbrechen gewesen. Jürgen Habermas habe betont, dass eine Vorgängigkeit [der sowjetischen Lager] keine Kausalität bedeute und angesichts der Besonderheiten von Auschwitz keine Gleichsetzung erfolgen dürfe.

2021 gehe es nunmehr um den Vergleich zwischen Kolonialgewalt und dem nationalsozialistischen Judenmord. Den Ausgang des Historikerstreits fasste Mendel basierend auf der Rede von Siegfried Lenz in der Paulskirche aus Anlass der Verleihung des Deutschen Friedenspreises 1988 zusammen: Er, so Lenz, sei bestürzt angesichts des Bemühens, dem Holocaust die Singularität abzuspochen. Die These Noltes „ohne den Archipel Gulag kein Auschwitz“ habe zum Ziel, die Geschichte des Dritten Reiches zu historisieren und zu entemotionalisieren. Die Untaten anderer könnten aber keine Entlastung liefern. Auschwitz lasse sich nicht im historischen Vergleich erfassen, sonst erfolge eine Verharmlosung. Angesichts von Auschwitz seien die Grenzen des Verstehens erreicht.

Vieles im jetzigen Streit, so Mendel, klinge ähnlich. Als spezielles Merkmal der Unterscheidung der Verbrechen habe Habermas die nationalsozialistische Wendung gegen einen inneren Feind bestimmt, während es bei den kolonialen Verbrechen gegen äußere Feinde bzw. Fremde gegangen sei, deren Naturschätze ausgebeutet werden sollten. Saul Friedländer habe betont, es sei den Nationalsozialisten nicht darum gegangen, sich der Jüdinnen und Juden als Individuen zu entledigen, sondern darum, die Erlösung der Menschheit herbeizuführen. Dan Diner schließlich konstatiere, die Folgen kolonialer Gewalt benötigten keinen Vergleich, sondern stellten eine Gewalt eigenen Rechts bzw. Unrechts dar. Gegen Rothberg und Moses, so Mendel weiter, ließe sich einwenden: Das Spezifikum selbst sei kein Problem, sondern beide stellten selbst erst eine Konkurrenz her und versuchten eine Entspezifizierung.

Wie lasse sich der Streit führen, ohne in die Fallen der 1980er zu fallen, so Mendels Überleitung zur Diskussion und Vorstellung von **Patrice Poutrous** und **Anetta Kahane**. An beide richtete er die Frage, wie sie jeweils die aktuelle Debatte erleben würden.

Anetta Kahane sagte, sie empfinde die Debatte als mächtigen Angriff auf die Erinnerungskultur insgesamt. Als Aggression gegenüber dem Bestand an Auseinandersetzung, der geschaffen worden sei, um den Nationalsozialismus auch innerlich zu überwinden. Sie sei dezidiert anderer Meinung als Rothberg, der die Singularität bewusst falsch interpretiere. Es gehe dabei um die besondere Qualität von Auschwitz, den Kampf gegen einen inneren Feind und gegen das Jüdische insgesamt. Dies heiße nicht, dass es eine Konkurrenz zu den Kolonialverbrechen gebe, denn diese hätten einen anderen Charakter. Es setze sich aber niemand mit dem Jüdischen auseinander. Zivilisationsbruch bedeute, dass die Nationalsozialisten gegen die eigenen Interessen gehandelt hätten, auch gegen die wirtschaftliche Logik. Der Mord mit dem Ziel, alles Jüdische zu tilgen, sei wichtiger als der Krieg gewesen. Beim Historikerstreit sei es um die Legitimierung des Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion gegangen. Die Begründung sei im Handeln der Bolschewisten ausgemacht worden, die stets als jüdisch-bolschewistisch definiert worden seien. Habermas habe gesetzt, dass es keine antithetische Bindung geben dürfe, kein Bekenntnis zum Nationalsozialismus als Negation des Bolschewismus oder umgekehrt. Die Basis der Demokratie müsse der Patriotismus der Verfassung sein als das, was beidem gegenüberstehe. Auch aktuell gehe es um das Delegitimieren und Relativieren, um das Überwinden des „Judenknaxes“, wie [der linke Antisemit und Terrorist] Dieter Kunzelmann es 1969 genannt habe. Und es gehe um den Elefanten im Raum: darum, Israel abzuschaffen, der als Kolonialstaat schlechthin delegitimiert werde.

Seit einem Jahr gehe es ihm unglaublich schlecht, offenbarte **Patrice Poutrous**. Es geschehe auf intellektuellem Niveau ein Angriff auf Verhältnisse in der Bundesrepublik, die eigentlich geschätzt werden müssten. Es werde eine intellektuelle und normative Übermacht imaginiert, die es zu beseitigen gelte, um den kolonisierten Wesen zu ihrem Recht zu verhelfen. In erster Linie seien es, bis auf Rothberg selbst, weiße christliche Männer, die den Diskurs führten. Eine Gruppe, die sonst nicht auffällig geworden sei in Bezug auf die Erinnerung an den Kolonialismus, abgesehen von Jürgen Zimmerer. Es werde im Namen von anderen gesprochen, die aber selbst nicht zu Wort kämen. Als Historiker könne er konstatieren, dass es nicht um neue Wissensbestände gehe, sondern um Umwertungen. Es sei viel Wissen über die Kolonialherrschaft vorhanden, aber marginalisiert. Viele seien daher ungeduldig. Als Zusammenhang zwischen erstem und zweitem Streit sei die Frage interessant, ob es sich aktuell wirklich um einen linken und aufklärerischen Diskurs handele oder eher um die Wiederherstellung ursprünglicher Verhältnisse. Anders als

Kahane habe er nicht die Einschätzung, dass es eine konsensual getragene Erinnerungskultur gebe. Die Diskussionen rund um das Denkmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden Europas, die Diskussionen ab Mitte der 1980er-Jahre und vorher darum, ob die Deutschen nicht als Opfer des 20. Jahrhunderts betrachtet werden müssten, zeugten davon. Es sei im Übrigen dabei auch um den Verlust der Kolonien gegangen, nicht nur um die früheren deutschen Ostgebiete. Die Setzung durch Moses, es gebe einen alten Katechismus, der durch einen neuen abgelöst werden müsse, sei falsch. Dem Sprechen über Kolonialgeschichte stehe der Holocaust nicht im Wege. Niemand habe früher je über den Kolonialismus geredet. Dieser eigne sich nämlich ebenfalls nicht als vereinheitlichende heroisierende Erzählung. Es gehe, schloss Poutrus, um unterschiedliche Erzählungen zu unterschiedlichen Geschichten, die sich jeweils fragten, wie sie miteinander verbunden seien.

Meron Mendel richtete an Kahane ein Gegenargument: Gehe es nicht doch um eine Neuinterpretation, weil die Gesellschaft jetzt sehr divers sei?

Anetta Kahane ergänzte zunächst, dass es ihr ähnlich elend gehe wie Poutrus. Viele Alltagserfahrungen suggerierten ihr: „Die Juden beharren immer auf was, stehen im Weg, machen schon wieder Stress.“ Dies kränke sie sehr. Die Anerkennung des singulären Verbrechens sei ein langer Kampf gewesen. Was würde eine Zurückdrängung bringen, um über Kolonialverbrechen zu sprechen? Warum könne die Erinnerung an die antisemitische Erlösungsidee nicht stehen bleiben, und zwar auch als äußerst aktuelles Thema, und in gleicher Weise über Kolonialverbrechen gesprochen werden? Sie wolle es nicht unterstellen, habe aber Gefühl, dass die Schoah als Ballast empfunden und daher in eine nicht differenzierende Gewaltgeschichte eingereiht werde. Es sei auch falsch, kam Kahane auf einen der aktuellen Autoren zu sprechen, wenn der Schriftsteller Per Leo sage, seine Tochter habe mit alldem nichts mehr zu tun: Warum solle sich die Generation danach nicht mehr damit beschäftigen müssen? Die Schoa sei nach talmudischem Maß eine Katastrophe von gestern und lange nicht verarbeitet. Dies sehe man paradoxerweise gerade an der Abwehrbewegung. Der jüdische Humanismus und das jüdische Erbe würden bekämpft.

Mendel insistierte, die Akteure des neuen Streits verstehen zu wollen, und fragte Poutrus als Historiker: Welche Erkenntnisgewinne ließen sich über die Betrachtung von Kontinuitäten ziehen? Was spreche etwa mit Blick auf die Konzentrationslager in Afrika oder die Rassentheorien für eine vergleichende Perspektive?

Patrice Poutrus führte aus, dass das Vergleichen in mehreren Hinsichten schwierig sei, wenn auch die Geschichtswissenschaft beständig den Vergleich des Vorher und Nachher praktiziere. Entscheidend sei, was die erkenntnisleitenden Fragen seien. In Frankreich beispielsweise gebe es einen Diskurs darüber, dass die Täter des Vichy-Regimes auch die Täter von Kolonialverbrechen gewesen seien, dann aber die fünfte Republik aufgebaut hätten. Ein Vergleich sei das Gegenteil von Gleichsetzung. Bei Rothberg sei widersprüchlich, dass er sich zuerst gegen das Waagschalenargument ausspreche, es dann aber selbst produziere. Bei Moses sei der Versuch einer beständigen Gleichsetzung erkennbar. Legionen von Historikern, so Poutrus, würden beständig neue Erkenntnisse zu beiden Ereignissen liefern, aber damit sei kein Paradigmenwechsel verbunden, sondern das Wissen werde lediglich konkretisiert. Jedoch werde nach einem Rundumschlag gerufen, und das in einem gesellschaftspolitischen Umfeld, das nach Revision und nach Normalisierung schreie. Beide Geschichten eigneten sich aber nicht zur Normalisierung der deutschen Nationalgeschichte. Es gebe nicht mehr Erinnerung an die Kolonialgeschichte, wenn weniger an die Holocaustgeschichte erinnert werde. Die Debatten, Poutrus weiter, seien sehr emotionalisierend, weil es um die Selbstverständigung über deutsche Geschichte gehe. Das sei

aktuell die eigentliche Verbindung zum ersten Streit: In den 1980er-Jahren seien der Kalte Krieg und der Antikommunismus wirksam gewesen. Nolte habe seine Thesen gerade deshalb aufgestellt, weil die Gesellschaft sich vom Grundkonsens der 1950er-Jahre eigentlich schon gelöst habe. Dieser sei mit „Der Zweite Weltkrieg ist zwar nicht gut gelaufen, aber reden wir über die Gefahr des Kommunismus“ vereinfacht umrissen. Auch heute gebe es den Wunsch, zurück zu einer glatten identitätsstiftenden nationalen Erzählung zurückzukehren. Daher komme die aktuelle Diskussion gerade recht, weil sie so ambivalent sei. Darin gebe es gleichzeitig ein aufklärerisches und ein hegemoniales Moment, beides sei schwierig auseinanderzuhalten. Die Kritik, Minderheiten fänden keine Aufnahme, verbinde sich bei Moses und Rothberg mit der Vorstellung von etwas Reinem.

Meron Mendel gab zu bedenken, mit dem Verweis auf die Singularität sei von rechter Seite oft der Versuch verbunden, das Sprechen über Kolonialverbrechen zu verhindern. An Kahane richtete er die Frage, wie sich der Umgang mit den Kolonialverbrechen im Mainstream kritisieren ließe.

Anetta Kahane erinnerte daran, dass die Kolonialverbrechen seit Kurzem überhaupt erst zum Mainstreamthema geworden seien. Genauso der Fakt, dass es in Deutschland Rassismus gebe. Es gebe einen weiteren Historikerstreit, leitete Kahane ein, der nur scheinbar nichts mit dem Besprochenen zu tun habe: Insbesondere in Ostdeutschland würden Debatten um den Vergleich zwischen der NS-Erinnerung und der DDR-Erinnerung bzw. der Erinnerung an die Speziallager geführt, in denen die Rhetorik des Kalten Krieges mitsamt der Extremismustheorie zurückkomme: Die Linke sei so schlimm wie Rechte usw. Gleichzeitig käme eher aus der Linken ein neues Opfernarrativ über Ostdeutsche, die als Kolonisierte definiert würden. Unbestritten seien die Brüche der Wende, die Zerstörung von Existenzen, aber der Diskurs stelle eine Relativierung des Kolonialismus dar. Es seien aber dieselben Leute, die für beides [Verdrängung der NS-Erinnerung zugunsten der Kolonialverbrechen sowie Ostdeutsche als Kolonisierte] Unterschriftenlisten aufstellten. Dies verstelle zudem die Möglichkeiten, darüber zu reden, wie in der DDR eine völkische, rassistische und antisemitische Landnahme erfolgen konnte. Dies sei ein Widerspruch zum Aufbäumen der Akteur*innen, denen es vorgeblich um Kolonialismus und Rassismus gehe.

Mendel fragte, warum es in den letzten Debatten eigentlich immer um Israel gehe. Er erinnerte daran, dass der Antisemitismusbeauftragten des Bundes Felix Klein Achille Mbembe die Relativierung des Holocaust vorgeworfen habe. Er selbst, so Mendel, habe die Aussagen von Mbembe zum Verhältnis von Holocaust und Kolonialverbrechen für diskussionswürdig gehalten, aber nicht für antisemitisch. An manchen Stellen sei die Grenze zur Dämonisierung und Negation Israels überschritten worden. Wo, so Mendels Frage an Poutrus, sei der Link?

Patrice Poutrus setzte an, er sei sich nicht sicher, ob es überhaupt eine Brücke gebe, oder ob das Thema Israel sowieso immer da sei. Wie Moses es darstelle, gehe es um die Sicherheit Israels als Staatsräson. Den Rekurs auf eine Staatsräson halte er selbst dabei für problematisch, denn dies impliziere einen Machiavellismus, die Überwindung von Differenzen durch Macht und Gewalt. Er wolle aber noch einmal auf Kahane Bezug nehmen. Auch im Historikerstreit, dem die Rede Richard von Weizsäckers zum 8. Mai 1985 vorangegangen sei, sei die Bedeutung des Holocaust weiter umstritten geblieben. Es sei eine Konstruktion, dass man einen monolithischen Block der Holocausterinnerung ausräumen müsste. Poutrus erinnerte an die frühen 1990er-Jahre und die rassistische Gewalt, die schlimmste Zeit seines Lebens, als er immer in Angst um sein eigenes Leben und das der Liebsten gewesen sei. Damals sei es eine große Unterstützung gewesen, dass der Vorsitzende des Zentralrats der Juden nach Rostock-Lichtenhagen gefahren und sich auf Seiten der Opfer positioniert habe. Dies habe ihm massive Kritik eingebracht. NS-Gedenkstätten seien die

Orte, die am meisten angegriffen würden, und immer gehe es um die Bedeutung des Holocaust. Israel, kam Poutrus zur Frage zurück, sei mit der Geschichte des Holocaust verbunden. Die mit seiner Gründung verbundenen Konflikte seien nicht stillgelegt, auch in der israelischen Gesellschaft nicht. Dass manche Menschen glauben würden, die Beendigung der Existenz Israels löse Probleme, sei eine merkwürdige Fiktionalisierung und eine alte Konstruktion.

Es sei ihm alles zu konsensual, leitete **Meron Mendel** eine neue Runde ein, daher werde er seine eigene Position einbringen: Seit etwa 2017 gebe es auf staatstragender Ebene den Versuch, bestimmte Setzungen vorzunehmen. Dazu gehörten unter anderem die Annahme der IHRA-Definition von Antisemitismus und der BDS-Beschluss des Bundestags [keine staatlichen Ressourcen für die BDS-Bewegung, da diese sich gegen die Existenz Israel richte]. Solche Maßnahmen führten zu Gegenreaktionen. Einig sei man sich auf dem Podium, darüber, dass es vielen gar nicht um die Vergangenheit gehe, sondern um die Gretchenfrage: Wann ist die Kritik israelischer Politik antisemitisch? Persönlich sehe er es so, dass der Versuch, eine Grenze zu ziehen, oft zu weit gehe. Nicht jede Form von Antizionismus sei antisemitisch. Mit staatlichen Mitteln, statt argumentativ vorzugehen werde nicht funktionieren. Daher eine tendenziöse Frage an Kahane: Sollten die Abgeordneten nicht der Kritik an Israel mit mehr Toleranz begegnen?

Das ideologische Moment bei der angeblichen Kritik Israels, setzte **Anetta Kahane** an, sei das zentral alle Verhältnisse ignoriert würden, alles simplifiziert werde, und nur der Imperialismus, das Finanzkapital, der Kapitalismus blieben, alles kanalisiert auf den Israel/Palästina-Konflikt. Bei der Solidarisierung mit den Palästinenser*innen gehe es nur darum, dass sie die Opfer seien, und mehr werde nicht gefragt. Alles laufe auf Folgendes hinaus: Wo der Jude sei, sei das Problem. Der reale Konflikt interessiere gar nicht. Der Rekurs auf die Staatsräson komme nicht aus einer Position der Stärke, sondern weil man in der Defensive sei. Die Haltung sei nicht in der Bevölkerung verankert. Damit meine sie nicht, so Kahane, die Netanjahu-Anhänger oder diejenigen, die Israel als Hort des Kampfes gegen den Islam sehen würden, die hätten von Israel keine Ahnung. Israel stehe nicht in der Gunst der Bevölkerung oder der Medien, sondern werde als im Weg und der Reinheit entgegenstehend betrachtet. Das Problem der Einstaatenlösung lasse sich nicht per Unterschriftenliste lösen. Ähnlich sei auch das Rückkehrrecht der Palästinenser*innen keine Lösung, es gebe auch kein Rückkehrrecht aller Russ*innen, Pol*innen oder Schlesier*innen.

Meron Mendel warf ein, es gehe ihm nicht darum, ob eine Forderung berechtigt sei oder nicht, sondern ob sie tatsächlich als antisemitisch zu deklarieren sei.

Kahane fuhr fort, vielleicht sei ein Bundestagsbeschluss gegen die BDS-Bewegung nicht das Richtige, aber die Bewegung sei antisemitisch, dazu müsse man stehen. Die Palästinenser*innen in Gaza oder der Westbank würden nicht nur von Israelis unterdrückt, sondern gerade von Islamisten. Man könne sie nicht allein in eine Opferrolle setzen, dies sei eine Abwehr von Verantwortung, sondern müsse an sie dieselben universalen Maßstäbe anlegen wie an andere. Es gehe um Gestaltung und Aufklärung. Vielleicht sei der Begriff der Staatsräson nicht richtig, aber Israels Sicherheit sei nicht verhandelbar. Mit Blick auf die Erinnerungskultur, kehrte Kahane zum Ursprungsthema zurück, gehe es in der Debatte um den Kolonialismus darum, die Singularität des Holocaust zu negieren. Es handele sich um ein Denksystem, an dessen Anfang der Imperialismus oder Kolonialismus und am Ende die Abschaffung Israels stünden. Die Samthandschuhe gegenüber Israel sollten ausgezogen werden, so der Tenor der Diskussion, und dazu müsse man auch die Singularität loswerden. Im Diskurs herrsche eine paternalistische Haltung gegenüber allen, die nicht Jüdinnen und Juden oder Weiße seien, als ob diese keine eigene Verantwortung hätten. Es

sei selbst herablassender Rassismus, so über die Palästinenser*innen oder den arabischen Raum zu reden.

Mendel sprach Patrice Poutrus an und wiederholte seine These, dass mit der Verstaatlichung der Definitionsmacht über Antisemitismus der Sache selbst ein Bärendienst erwiesen, weil ein wichtiger diskursiver Raum genommen werde. Warum es ein Rückkehrrecht weder nach Ostpreußen noch nach Haifa geben könne, sei zu diskutieren, ohne die Forderung selbst schon als antisemitisch zu diskreditieren. Auch wenn das Land beispielsweise von China erobert worden wäre, würden die Menschen die Forderung stellen, und zwar weil sie Palästinenser*innen seien und nicht, weil es gegen Jüdinnen und Juden gehe.

Poutrus führte aus, dass der Konflikt nicht isoliert zu betrachten sei. Es gebe ein starkes Bedürfnis, sich der Geschichte des Holocaust zu entziehen. Jede Politik Israels zu verteidigen, sei aber auch eine Schwäche, dem geschuldet, dass es keinen Konsens gebe. Merkel sei mit ihrer Position in den eigenen Reihen in Schwierigkeiten. Bei der Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte Deutschlands, warf Poutrus zur Ausgangsfrage ein, gebe es ein ernstes Problem. Es gehe nicht nur um den Besitz von Kolonien, sondern darum, wie die Kolonialherrschaft vollzogen worden sei und welches die Auswirkungen auf den Rassismus heute seien. Er selbst sei unglücklich über die BDS-Beschlussfassung. Gebe es bald auch eine über Sinti*innen und Rom*innen? Darüber, was man über Migrant*innen sagen dürfe und was nicht? Im konservativen Lager gebe es die Haltung, quasi die deutschen Jüdinnen und Juden als Torwächter*innen für den Eintritt in die deutsche Gesellschaft zu verhandeln. Das wäre ok, wenn wirklich alle an ihnen vorbeimüssten, die Mehrheit der Deutschen nach Art 116 GG werde aber damit nicht konfrontiert. Dennoch gebe es zu bedenken, dass man in Deutschland sei. Es gehe ihm schlecht, so Poutrus, wenn er über die Wochenmärkte in Ostberlin gehen und per Strichcode kontrollieren solle, wo die Waren herkämen. Er würde es unterstützen, dass BDSler zu Wort kämen, aber nicht die BDS-Bewegung.

Anetta Kahane kam auf die Forderung nach dem Rückkehrrecht zurück: Diese verstelle andere Optionen, wie es sie im Fall der staatlichen Maßnahmen zur Integration der vertriebenen Deutschen gegeben habe. Natürlich würden palästinensische Kinder Israel hassen, aber nicht nur weil die Großeltern dort einmal gewohnt hätten, sondern der Hass werde gepflegt. Dies sei ernst zu nehmen, mit den Familien müsse geredet werden; es sei nicht nur der Staat Israel, der alles anders machen müsse. Man müsse wegkommen von ideologischen Prämissen und zu den Problemen selbst, dann müsse auch nicht die Erinnerungskultur verändert werden. Es müssten neue, emanzipatorische Formen gefunden werden.

Dienstag, 5. Oktober 2021

Tagesmoderation: **Frederik Schetter**, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

WAS BEDEUTET INTERSEKTIONALE BILDUNGSARBEIT?

Impulsvorträge von:

Anne Goldenbogen, Politikwissenschaftlerin, Berlin

Karima Benbrahim, Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung in NRW, Düsseldorf

Frederik Schetter, Mitglied der Steuerungsgruppe, rekapitulierte kurz die Beiträge des Vortages und hob die Bedeutung der Schaffung von Räumen hervor, in denen Konflikte produktiv bearbeitet werden können und in denen Dialog ermöglicht wird, bevor er Anne Goldenbogen und Karima Benbrahim vorstellte.

Karima Benbrahim stellte zunächst die Hintergründe und die Arbeit der IDA-NRW vor: 1994, ein Jahr nach dem Brandanschlag in Solingen, gegründet, habe die Stelle zunächst die Bekämpfung von Rechtsextremismus unter Jugendlichen zum Auftrag gehabt. Bald seien auch die Betroffenen von Rassismus in den Blick gerückt. Zu den Konzepten hätten früh Empowerment, Intersektionalität – als Verbindung verschiedener Differenzen, Identitäten und Zugehörigkeiten nach Kimberlé Crenshaw – und Organisationsentwicklung gehört. Benbrahim benannte Patriarchat, Kapitalismus und Rassismus als große Ordnungssysteme, die die Menschen vielfältig positionierten. Intersektionale Pädagogik stehe auf fünf Säulen: Ein kritischer Blick auf Identitäten, um Ausschlüsse zu vermeiden; Differenzsensibilität in Bezug auf Mehrfachzugehörigkeiten und -diskriminierungen; die Schaffung von Diskursräumen; Empowerment; das Aushalten von Differenzen und Widersprüchen. Für eine diskriminierungskritische Haltung bestimmte Benbrahim die folgenden Punkte: Reflexion eigener Erfahrungen mit Macht und Diskriminierung; Verständnis für die Mechanismen und Ebenen von Diskriminierung, insbesondere auch die strukturelle Ebene, sowie Positionierung gegen jede ihrer Formen; Ermutigung zu aktivem Gegenengagement. Als eigenständigen Punkt betonte Benbrahim die Auseinandersetzung mit Privilegien insbesondere (aber nicht nur) durch Weiße. Die Umverteilung von Macht sei Grundlage für Solidarität und Bündnisarbeit, die Benbrahim als Beziehungsarbeit auffasst. Ein häufiges Problem sei, dass das Wissen der Diskriminierten angeeignet werde, diese aber von den Ressourcen der Wissensproduktion ausgeschlossen blieben.

Anne Goldenbogen benannte ihren Hintergrund als den einer emanzipatorischen und politischen Bildung. Sie gehe, um Wiederholungen zu vermeiden, nur kurz auf die Grundlagen von Intersektionalität ein und wolle mit kritischem Blick eher Stolpersteine und Fallstricke ansprechen. Es gehe zentral darum, die eigene gesellschaftliche Positionierung zu verstehen, Mehrfachdiskriminierungen in den Blick zu nehmen und dabei auch für die häufig wenig beachtete Heteronormativität und Klassenunterdrückung zu sensibilisieren. Dazu gehöre das Bewusstsein, dass die Differenzlinien durch das Individuum hindurchgingen, das je nach Dimension sowohl von Privilegierung als auch von Ausschluss betroffen sein könne. Zu den Herausforderungen zählte Goldenbogen, dass auch Bildungsräume, die sich als emanzipatorisch verstehen, nicht frei seien von Dominanzstrukturen, die sich auch auf das Lernen einschließlich der Setzung von Inhalten und Methoden auswirkten. Als zweites Spannungsfeld benannte Goldenbogen die Anforderung, Lernräume so zu gestalten, dass tatsächlich offen beispielsweise über Klischees etc. gesprochen werde, was zu Verletzungen führen könne. Als Drittes führte Goldenbogen die Notwendigkeit aus, die Betroffenen von Diskriminierung als Sprecher*innen ernst zu nehmen, ohne eine Spaltung in Bezug auf die Sprech- und politische Handlungsfähigkeit zu betreiben [weil Nichtbetroffene dann nicht auf Augenhöhe agieren dürften]. Viertens bestehe eine Spannung im Umgang mit den unterschiedlichen Diskriminierungen, etwa wenn Betroffene einer bestimmten Diskriminierung die Herabsetzung anderer Gruppen wiederholten. Hier sei, gemäß dem Konzept von Katharina Debus/Olaf Stuve, zwischen Intention und Effekt zu unterscheiden und gemeinsam nach Alternativen zu suchen. Politische Bildner*innen müssten sich beständig fragen, welche Lebensrealitäten und welche Diskriminierungen man überhaupt im Blick habe. Fehler und Verletzungen sollten zum Lernanlass genommen werden, wobei es immer gelte, Betroffene zu schützen. Schließlich sei wichtig, um Verhältnisse verändern zu können, die Strukturen in den Blick

zu nehmen, innerhalb derer alle agierten. **Karima Benbrahim** nahm den letzten Punkt auf und bezog ihn auf Debatten um eine sogenannte Deutschenfeindlichkeit, der mit der Betrachtung von Machtverhältnissen zu begegnen sei.

Auf die Frage Frederik Schetters nach einem Beispiel für Empowerment-Räume, thematisierte **Benbrahim** die Auseinandersetzungen um Männlichkeit. So gebe es die Förderpraxis, die Thematisierung sexueller Gewalt nur anhand von migrantisch positionierten Männern zu ermöglichen. Eine Auseinandersetzung damit könne als Empowerment erlebt werden. Ein intersektionaler Blick würde dabei beachten, dass beispielsweise das polizeiliche Racial Profiling Schwarze Männer anders betreffe als Schwarze Frauen.

Eine der Publikumsfragen richtete sich darauf, ob es bei der intersektionalen bzw. emanzipatorischen Bildung einen Unterschied zwischen dem Gegenstand des anti-Schwarzen Rassismus und des Antisemitismus gebe. **Goldenbogen** setzte an, dass es oft Leerstellen gebe: Antisemitismus werde vielfach vernachlässigt und jüdische Menschen würden oft nicht als von Diskriminierung betroffen wahrgenommen. Als mögliche Ursachen nannte Goldenbogen zum einen, dass Antisemitismus oft subsumiert werde, was trotz der vielen Verflechtungen der Spezifik nicht gerecht werde. Dies bedeute keine Hierarchisierung in keine der beiden Richtungen. Weiter sei auch der Blick auf das Jüdischsein in Deutschland sehr begrenzt, obwohl um die 90 % der Jüdinnen und Juden eine zumindest familiäre Migrationsgeschichte aus der ehemaligen Sowjetunion aufwiesen. **Benbrahim** bestätigte die Erfahrung, dass die Diversität von Jüdinnen und Juden gerade in Deutschland gar nicht gesehen werde. Generell werde vielfach eine Reduktion und Normalisierung von Identitäten vorgenommen. Dazu gehöre auch das Ausblenden von Klassismus bzw. die Setzung einer Mittelschichtsbioografie als Norm.

Die nächste Frage des Publikums richtete sich darauf, wie Veränderung und wie auch Solidarität bzw. Bündnisarbeit in den Strukturen und gerade in der Verwaltung funktionieren könnten. **Karima Benbrahim** betonte, dass es sich um ein sehr schwieriges Unterfangen handle, da auch erst zu bestimmen sei, was Solidarität je nach Kontext bedeute. Wichtig sei, führte Benbrahim aus, an den oft nicht sichtbaren, aber zunehmend bestehenden Allianzen, etwa bei jüdisch-muslimischen Kooperationen, anzusetzen. In Institutionen gehe es meist noch darum, überhaupt für die „Ismen“ zu sensibilisieren und dabei das Wissen aus den Kämpfen auf der Straße mitzunehmen.

Anne Goldenbogen bestärkte die Perspektive, dass es Allianzen, auch konfliktive, immer gegeben habe, aber die Geschichten kaum bekannt oder geschrieben seien.

Als nächstes wurde thematisiert, dass viele Institutionen selbst wenig divers seien.

Benbrahim bestärkte diese Tatsache und thematisierte die dadurch bestehende Kultur, die ausschließend wirke. Dazu gehöre der sehr gleichförmige Klassen- und akademische Hintergrund, unabhängig von der Herkunft. Bei den Diversity-Konzepten müsse sehr darauf geachtet werden, dass es nicht um Vielfalt, um ihrer selbst willen gehe, sondern um die politische Ausrichtung gegen Ungleichheitsverhältnisse. Eine in Teilen diverser als andere Parteien zusammengesetzte AfD sei kein Gewinn. Dennoch sei Repräsentation zentral, um neue Perspektiven einzubringen.

Weiter wurde gefragt, welche Rolle Ableismus in der Arbeit der Panelist*innen spiele.

Goldenbogen und **Benbrahim** gaben beide an, dass das Phänomen thematisiert werde, mehr aber meist nicht. Allein die Tatsache, dass ihr Büro im vierten Stock sei, es aber keinen Fahrstuhl gebe, so **Benbrahim**, zeige die Reproduktion von Ausschlüssen an.

Die letzten beiden Fragen thematisierten die Rolle von Intersektionalität in der Schule und in der Ausbildung von Lehrkräften.

Auch hier waren sich **Goldenbogen** und **Benbrahim** einig, dass es viel Verbesserungspotenzial gebe. Bestehende Ansätze seien nicht flächendeckend und außerdem, führte **Goldenbogen** aus, sei die Institution Schule selbst schwierig und die Anforderungen an Lehrkräfte extrem hoch. Mehr Ressourcen seien nötig. **Benbrahim** thematisierte das Problem, dass die außerschulische Bildungsarbeit oft dazu diene, die Lücken auszufüllen, ohne dass am System angesetzt werde. Leider zeige die Forschung, dass oft diejenigen, die sich in der Schule engagierten, dafür dann Kritik und Ausschluss erfahren würden

VERTIEFUNGSANGEBOTE (in eigenen Zoom-Räumen)

1. „Schlechtes Theater. Lausiges Publikum.“ Lesung und Gespräch zu Antisemitismus und Rassismus im Kunstbetrieb

Rebecca Ajnwojner, Dramaturgin/Doktorandin, Berlin

Nach einer 10-minütigen Lesung ging die Veranstaltung in ein Zweiergespräch zwischen Rebecca Ajnwojner und Jeanne Nzakizabandi über. Der erste Teil des Gesprächs befasste sich mit der Entstehung und Form des Textes „Schlechtes Theater. Lausiges Publikum“. Im zweiten Teil ging es um die Frage, inwiefern machkritische Diskurse – vor allem in Hinblick auf anti-Schwarzen Rassismus und Antisemitismus – Eingang in den Theaterbetrieb gefunden hätten. Zum Schluss wurde die Gesprächsrunde auch für das Publikum geöffnet. Dabei ging es vor allem um den Austausch verschiedener Erfahrungen als Theatermachende und Theaterbesuchende.

2. Schwarze Menschen in Deutschland und wem gehört deutsche Erinnerungskultur

Manuela Bauche, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund (ISD)/Freie Universität Berlin
Tahir Della, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund (ISD)

Zu Beginn gab es eine kleine Einführung in die deutsche Debatte um Kolonialgeschichte und den Hintergrund des Workshops. Anschließend gab es als Warm-up und Einstieg ins Thema eine kleine Gruppendiskussion mit anschließendem Zusammentragen der Meinungen zu der Frage, wie gelungene Erinnerungskultur aussehe. Anhand eines Zeitstrahls, an dem Zitate zum Thema Kolonialismus einer zeitlichen Periode zugeordnet werden sollten, wurden der aktuelle Diskurs um Kolonialismus und die Frage, wie zeitgemäß bestimmte Positionen seien, diskutiert. Zum Schluss gab es Input zur Rolle Schwarzer Opfer des Nationalsozialismus sowie eine allgemeine Diskussion zum Titel des Workshops, wem deutsche Erinnerungskultur gehöre, und zum Rassismus in der Diskussion um multidirektionale Erinnerung und Opferkonkurrenz.

3. Streitraum: Beiträge zur Bündnisfähigkeit zwischen der Antisemitismus- und Rassismuskritik

Marina Chernivsky, Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der Zentralen Wohlfahrtstelle der Juden in Deutschland (Z WST), Berlin

Karen Taylor, Each One Teach One (EOTO) und European Network Against Racism (ENAR), Berlin

Das Kooperationsprojekt wird seit Januar 2021 von der Stiftung EVZ gefördert. Das in dieser Konstellation in Deutschland bisher einmalige Projekt will den Diskurs um Antisemitismus und anti-Schwarzen-Rassismus voranbringen und die Aktiven aus den Communities darin stärken, Einordnungen selbstständig vorzunehmen und diese in ihre Gemeinden sowie durch öffentliche Veranstaltungsformate in die Gesamtgesellschaft hineinzutragen. Darüber hinaus sollen die Sichtbarkeit von Schwarzen, jüdischen sowie anderen diasporischen Communities erhöht und ein Beitrag zur Antidiskriminierungsarbeit geleistet werden. Der Projekttitel wurde nach der Reihe „Streitraum“ an der Schaubühne Berlin benannt, die seit der Spielzeit 2004/2005 von Carolin Emcke kuratiert und moderiert wird.

Nach einer Diskussion von Karen Taylors Einstiegsthese „Marginalisierte Gruppen sind weltweit in der Mehrheit“ wurde an alle Teilnehmenden die Frage gerichtet: „Welche Suchbewegungen haben Sie selbst?“ Nach einem Austausch richteten sich die Nachfragen der Teilnehmenden vor allem darauf, den Projektansatz besser zu verstehen, aber u. a. auch darauf, welche Rolle Widerspruchstoleranz spiele oder ob die Projektion „Jüdinnen und Juden sind weiß?“ im Projekt diskutiert werde. Ein Teilnehmender brachte außerdem das Thema Phonozentrismus (Hörfähigkeit als Norm) als Exklusionskonzept ein.

4. Kooperation und Konflikt. Schwarz-jüdische Beziehungen in den USA

Sina Arnold, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt/Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin

Nach einer Vorstellungsrunde, in der institutionelle Hintergründe und spezifische Interessen abgefragt wurden, hielt Sina Arnold einen mit zahlreichen Bildern und einigen Liedern untermalten Vortrag. In diesem wurde das historische wie auch das aktuelle Verhältnis zwischen Schwarzen und jüdischen Communities in den USA beleuchtet und dabei zentrale Phasen der Kooperation (etwa die Bürgerrechtsbewegung der 1950er-Jahre oder jüngere Allianzen in der Ära Trump) wie der Konflikte (etwa die antizionistische Wende und der Schwarze Nationalismus der New Left, aktuelle Debatten rund um BLM) genauer betrachtet. Dabei ging es auch um die Spezifika und Gemeinsamkeiten von anti-Schwarzem Rassismus und Antisemitismus und um theoretische Grundlagen, die Solidarität(en) erschweren. Arnold präsentierte abschließend einige Überlegungen dazu, wie und ob das Beispiel der USA relevant für den deutschen Kontext sei. Diese Frage wurde im Anschluss auch in Breakout-Sessions diskutiert, in denen die Teilnehmenden über ihre eigenen Erfahrungen mit Allianzen sprechen sollten. Die Diskussionsergebnisse wurden abschließend zusammengetragen, wobei jedoch auch deutlich wurde, dass es zu konkreten Formen von Solidarität bisher eher wenig Erfahrungen gibt.

5. Verflechtungen: Biografien von Schwarzen Menschen im Nationalsozialismus

Susann Lewerenz, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg

Susann Lewerenz begann mit einer Kurzvorstellung des Projekts „Verflechtungen. Koloniales und rassistisches Denken und Handeln im Nationalsozialismus“. In diesem Projekt wurden in den vergangenen Jahren unter anderem Onlinematerialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit entwickelt, in denen die Geschichte des Nationalsozialismus in einen transnationalen und globalgeschichtlichen Kontext eingebettet wird. Lewerenz legte den Fokus auf biografische Zugänge sowie das Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus und leitete auf dieser Grundlage über zur Arbeit in Kleingruppen. In diesen diskutierten die Teilnehmenden unter anderem darüber, anhand welcher Beispiele der Bildungsmaterialien das Verhältnis dieser beiden Phänomene verdeutlicht werden könne oder wie mit (historischem) rassistischem und/oder antisemitischem Quellenmaterial umgegangen werden solle. Zum Abschluss diskutierten die Teilnehmenden die Schwerpunkte ihrer jeweiligen Gruppen sowie offene Fragen im Plenum.

INTERAKTIVER ABSCHLUSS

Tagungsbeobachtung

Rosa Fava, Amadeu Antonio Stiftung, Berlin

In ihrem Tagungskommentar verband die Kommentatorin und Verfasserin der Dokumentation eigene Beobachtungen mit einzelnen Aspekten aus dem Padlet, das während der Tagung von den Teilnehmenden befüllt werden konnte. Im Nachgang der Tagung noch einmal gebündelt und erweitert, lauten diese Beobachtungen:

- Die Rolle des „Empirischen Impulses“ bildete den Startpunkt: Dieser blieb isoliert, weil es keine Diskussion oder die Möglichkeit gab, Fragen zu stellen, und auch keine*r der Referent*innen oder Panelist*innen darauf Bezug nahm. Inhaltlich betrachtet stellt sich die Frage, warum eine Tagung, die sich bemüht, anti-Schwarzen Rassismus und Antisemitismus aus den Perspektiven der Betroffenen zu thematisieren, als Empirie auf die klassische Vorurteilsforschung zurückgreift und die Einstellungen einer mehrheitlich nicht betroffenen Bevölkerung präsentiert. Gleichzeitig reproduziert sich dadurch, gerade weil theoretische Hintergründe ausgelassen wurden, die in Deutschland schwer zu überwindende Betrachtung von Rassismus und Antisemitismus als Frage von Denkmustern, Einstellungen und Äußerungen. Es blieb einzelnen Teilnehmer*innen vorbehalten, gesellschaftliche Strukturen und Institutionen zu benennen, die, auch unabhängig von den Einstellungen des Personals, zur Reproduktion beider Ungleichheitsverhältnisse und damit verbundener Ideologien führen.

Dazu erscheint eines der vorgetragenen Ergebnisse des Berlin Monitors von 2019 schon veraltet: Die starke Betonung eines Antisemitismus, der als Umwegkommunikation geäußert werde. Spätestens mit den Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie sowie der länger schon akuten Explosion von Hate Speech im Netz wird Antisemitismus sehr direkt geäußert. Auch der israelbezogene Antisemitismus verbindet sich deutlich mit offenem Antisemitismus. Ähnlich haben die Proteste gegen das Racial Profiling bzw. andere Thematisierungen im Zuge der Black-Lives-Matter-Bewegung die Offenheit des anti-Schwarzem Rassismus sehr deutlich gezeigt.

- Passend dazu war zu beobachten, dass sehr viel stärker als auf den meisten Blickwinkel-Tagungen immer wieder Bezug auf „Kämpfe“ bzw. „die Kämpfe auf der Straße“ oder auch eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse genommen wurde. Dies lag auch daran, dass viele der Panelist*innen politische Aktivist*innen waren und/oder sich in ihrer Bildungs- oder auch wissenschaftlichen Arbeit mit Aktivismus in Verbindung setzen/ die Verbindung halten. Dies bestätigt, dass die empirische Wirklichkeit von Betroffenen, die sich in Kämpfen sehen, durch die bestehenden Institutionen auch der empirischen Sozialforschung wenig erfasst wird.

Eine andere Besonderheit der Tagung war die starke Rolle, die medialen bzw. diskursiven Auseinandersetzungen zugesprochen wurde, so dass Diskurse neben Wissenschaft, Bildungspraxis und den Kämpfen auf der Straße als eigenständiges Handlungs- bzw. eben Kampffeld deutlich hervortreten.

- Nicht in den Workshops, aber in den Plenumsbeiträgen der Tagung wurde tatsächlich wenig auf die Spezifik des Rassismus gegen Schwarze eingegangen. Es wurden zwar die transatlantische Sklaverei und Kolonialverbrechen (gegen Schwarze) bzw. der Kolonialismus in Afrika benannt, aber mehrheitlich ging es eher um Rassismus im Allgemeinen, wie er in den Morden des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, rechter Gewalt oder vielen Formen eines institutionellen Rassismus zum Ausdruck kommt. Mehrere der Beispiele thematisierten eher antimuslimischen Rassismus, oder es ging um die Figur des Schwarzen/migrantischen/muslimischen Mannes als Bedrohung, die eine gewisse Austauschbarkeit beinhaltet – und sich, so sei ergänzt, in Teilen auch auf das Feindbild des jüdischen Mannes, der „unsere Frauen“ bedrohe, beziehen lässt. Indem es wenig um Spezifika des anti-Schwarzen Rassismus ging und auch nicht um Spezifika des Antisemitismus, fand das „Zusammendenken“ (Tagungstitel), wie im Padlet auch angesprochen, eher in den Workshops statt.
- Auch die zentral gesetzte Diskussion zur „Multidirektionalen Erinnerung“ als vielleicht Auslöserin eines „Zweiten Historikerstreits“ behandelte kaum Fragen, die sich auf Rassismus gegen Schwarze beziehen, oder Themen, die von Schwarzen Akteur*innen in die Diskurse getragen worden wären. Im Gegenteil, wie Patrice Poutrus konstatierte, sind viele der aktiven Befürworter (das Fehlen von Frauen* wurde mehrfach festgestellt) einer Neufokussierung kollektiver/staatlicher Erinnerungspraktiken auf Kolonialverbrechen weiß. Der vielfach als Angriff auf die erkämpfte Holocausterinnerung verstandene Diskurs um Rothbergs Buch bildet so kein treffendes Beispiel, um Konfliktpunkte in der Kritik des anti-Schwarzen Rassismus und des Antisemitismus anzugehen. Hier wäre eine Thematisierung der nur cursorisch angesprochenen so genannten Mbembe-Debatte vielleicht ergiebiger gewesen.
- Bemerkenswert ist, dass die Tagung als durchgängiges Motiv und Grundstimmung das Paradigma von Streit, Widersprüchen oder Inkompatibilitäten und vom „Zusammendenken“ als einem riskanten Unterfangen setzte. Die Voraussetzung eines Gegensatzes wurde als Selbstverständlichkeit behandelt und nicht begründet. Andere Ausgangspunkte wären möglich, wie: „Mit den Kindern Schwarzer US-Soldaten und den Nachkommen der jüdischen Displaced Persons begann ab 1945 eine Neuentwicklung zweier sehr unterschiedlicher Communities in Deutschland, die auf sehr unterschiedliche Weise Ausgrenzung und Gewalt ausgesetzt sind. Was ist die Situation beider Gruppen, wo

gibt es Gemeinsamkeiten, wo Unterschiede, warum scheint es wenig Verbindung zwischen den Kämpfen zu geben?“ Oder: „In den USA unterstützten viele Jüdinnen und Juden die Schwarze Bürgerrechtsbewegung, in den 1930er-Jahren hatten viele Schwarze vor dem NS-Rassismus und Judenhass gewarnt. Wie ist das Verhältnis beider Communities in Deutschland?“ Gerade weil der Streit um Rothbergs „Multidirektionale Erinnerung“ auf der Seite des Antirassismus gar nicht zentral von Schwarzen Positionierungen aus geführt wird, ist es besonders bedauerlich, dass nicht die vielfach genannten Kämpfe gegen Rassismus und gegen Antisemitismus die Grundlage waren für Leitfragen wie: „Wo gibt es gemeinsame Anliegen, wo können wir Aktivitäten vereinen?“

- Ein tatsächlicher Gegensatz, eine Art grundlegende Hierarchie oder schiefe Ebene, wurde hingegen gar nicht explizit gemacht, obwohl sie den Resonanzraum für viele der besprochenen Punkte bildet: Die auf die nationalsozialistischen Verbrechen bezogene Erinnerungskultur und deutsche Identität einer Aufarbeitungsgemeinschaft gibt es in Bezug auf die Kolonialverbrechen nicht. Es gibt kein der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus gewidmetes Samuel-Maharero-Institut, das mit den Anne Frank gewidmeten Einrichtungen kooperieren könnte. Es gibt keine Stiftung, die zur Umgehung von Entschädigungen finanzielle Leistungen an überlebende Herero gezahlt hätte und Partnerin der EVZ sein könnte. Die Amadeu Antonio Stiftung ehrt Amadeu Antonio als eines der ersten Opfer rechter Gewalt nach der deutschen Wiedervereinigung, setzt also einen anderen Akzent als anti-Schwarzen Rassismus. Eine Selbstverpflichtung zum Schutz der Existenz Israels gibt es vergleichbar für keine anderen Opfer deutscher Verbrechen. Es gibt keine Parallelität von Sprechpositionen, kulturellen Räumen usw. Auch Schwarze Initiativen beziehen sich, wie auf der Tagung, vielfach stärker auf internationale Schwarze Positionierungen als auf Akteur*innen in oder aus den (ehemaligen) deutschen Kolonien. Es fehlt, wenn anti-Schwarzer Rassismus und Antisemitismus zusammengedacht werden sollen, eine Selbstauskunft der Gesellschaft darüber, warum es die bestehenden Versäumnisse und Hierarchisierungen gibt und wie sie aufgearbeitet werden sollen. Gerade damit diese Hierarchisierung von Verbrechen und Unrecht in der deutschen Identität nicht antisemitisch und zur „Opferkonkurrenz“ gewendet werden kann, muss sie thematisiert werden. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Ressourcen zu stellen, damit es nicht zu einem Nullsummenspiel und einem Gegeneinander der Akteur*innen aus den Communities kommt. Debatten um „Multidirektionales Erinnern“ könnten gelassener geführt und gegebenenfalls antisemitische Implikationen besser identifiziert werden, wenn die Leerstellen des bisherigen nationalen Erinnerns – das Fehlen eines Gedenktages für die ermordeten Herero, um beim Beispiel zu bleiben – klar als Ausgangspunkt benannt sind. Mehr Wissen über die Kolonial- und andere, auch genozidale Verbrechen wie den Mord an den Herero, aber auch an den Armenier*innen, würde zum besseren Verständnis der Singularität oder Präzedenzlosigkeit von Auschwitz beitragen.

Beiträge der Teilnehmer*innen

Die Teilnehmer*innen hatten neben der Nutzung des Chats die Möglichkeit, parallel zur gesamten Tagung und darüber hinaus ihre Eindrücke oder Stellungnahmen in ein Padlet zu schreiben. Dies erhöhte die Partizipationsmöglichkeiten, indem die Tagungskommentatorin einzelne Aussagen aufgriff, und diente dazu, einige Zwischentöne, die im digitalen Austausch untergehen,

einzufangen. Die Beiträger*innen nahmen dabei mit Gedanken und Emotionen sehr unterschiedlich Bezug auf die vielen Themen der Tagung:

Zu einzelnen Tagungsmodulen:

- Eine Person freute sich über das erste Podium mit vier Frauen* und brachte den Gedanken ein, dass patriarchale Strukturen einschließlich Sexismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit ein Element sein könnten, dass, weil in beiden vorkommend, Antisemitismus und anti-Schwarzen Rassismus verbinden könnte. Am zweiten Tag ging Karima Benbrahim kurz auf die Bedeutung des Patriarchats als Grundstruktur von Ungleichheit ein.
- Eine Person vermisste beim Gespräch über „Multidirektionale Erinnerung“ eine Kritik von auch inhaltsleeren Formen der deutschen Erinnerungskultur und betonte, dass Bemühungen um ein plurales oder hybrides Geschichtsbewusstsein keinesfalls einen Angriff auf Bestehendes darstellten. So habe Rothberg gesagt: „You can have singularity and you can have relationality.“
- Eine Person thematisierte, dass das Fehlen von Bildner*innen of Color/jüdischen Bildner*innen, von Ausnahmen abgesehen, gerade auch in außerschulischen Einrichtungen und auch denen der non-formalen Bildung und auch in der Erwachsenenbildung zu konstatieren sei, insbesondere in Festanstellung. Junge Initiativen seien oft besser aufgestellt als etablierte Träger.

Allgemein:

- Eine Stellungnahme bezog sich darauf, wie man als „weiße und nichtjüdische“ Person einschätzen könne, an welchen Positionen marginalisierter Gruppen man sich orientieren könne oder müsse, da diese teilweise erst seit Kurzem in Aushandlung seien. An anderer Stelle wurde der Gedanke vertieft: Angesichts auch widersprüchlicher Haltungen innerhalb der Communities sei es schwierig, sich zu verbünden, bzw. man betreibe immer eine Auswahl.
- Eine Einschätzung war, dass es gar nicht viel Verbindendes zwischen Antisemitismus- und Rassismuskritik gebe – jenseits von struktureller Diskriminierung, Unsichtbarkeit, Ausschluss und rechter Gewalt, oder der Verknüpfung im rechten Narrativ, dass es Jüdinnen und Juden seien, die Migrationsbewegungen zur Zerstörung der weißen Nationen lenkten. So könnte es ertragreicher sein, den Fokus auf die Dominanzgesellschaft zu legen, anstatt die theoretischen Zugänge zu beiden Phänomenen zueinander bringen zu wollen.
- Mehrfach wurde die Frage des Weißseins von Jüdinnen und Juden bzw. einer solchen Zuschreibung je nach theoretischem Hintergrund aufgeworfen, die zu diskutieren sei.
- Eine Anmerkung bezog sich darauf, dass Zusammenarbeit sich häufig durch eine geteilte emanzipatorische bzw. linke oder bürgerrechtliche Haltung herstelle und nicht auf Grundlage von Identitäten, die aufeinander zugehen wollten.
- Insgesamt gab es mehrfach positives Feedback zu einzelnen Panels oder Workshops sowie zur gesamten Tagung, aber auch kritische Einschätzungen wie die, dass die Themen anti-Schwarzer Rassismus und Antisemitismus eher nebeneinander diskutiert, als dass Bezüge und Verbindungen hergestellt worden seien.